

und die Wahlen in Nordrhein-Westfalen sind vorüber. Manches an der Position der SPD ist dann hoffentlich deutlicher umrissen, und die beiden Versammlungen können in einer ruhigeren Atmosphäre vor sich gehen.

Im Juli wird es dem Parteivorstand der SPD sicherlich auch eher möglich sein, Essen als Versammlungsort vorzusehen. Wir legen großen Wert auf Essen, weil diese Stadt bedeutende Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung besitzt und führende Genossen des Zentralkomitees der SED früher eng mit der Arbeiterklasse des Ruhrgebietes verbunden waren.

Als die Führung der SPD den Vorschlag für eine Versammlung in Hannover unterbreitete, mußte das Zentralkomitee der SED mit Erstaunen feststellen, daß vom niedersächsischen Innenministerium zur gleichen Zeit erklärt wurde, diejenigen Bürger der DDR würden an einer Einreise gehindert, „bei denen ein hinreichender Verdacht besteht, im Sinne der SED und der verbotenen KPD wirken zu wollen“. Es* kann wohl niemand im Ernst annehmen, die von der SED delegierten Redner würden nicht die Politik unserer Partei vertreten. Wie soll die Sicherheit der Redner der SED gewährleistet werden, wenn nach wie vor die unerhörten Sonderstrafgesetze gegen alle Mitglieder und Funktionäre der Parteien und Massenorganisationen der DDR in Kraft sind und ihnen bei Betreten der Bundesrepublik Verhaftung droht. Im übrigen vermischen wir bisher vom Parteivorstand der SPD eine entschiedene Zurückweisung der gerade jetzt in Westdeutschland betriebenen Mordhetze gegen führende Funktionäre unserer Partei.

Wir wiederholen unsere Zusage, daß die von der Sozialdemokratischen Partei delegierten Redner in der Deutschen Demokratischen Republik völlige persönliche Sicherheit haben werden. Wir sind um eine gesunde Atmosphäre der Sachlichkeit bemüht. Die gleichen Garantien und Voraussetzungen sind für das Auftreten unserer Redner in Westdeutschland unerläßlich. Bei der feindlichen Haltung der Bonner Regierung und der CDU/CSU gegenüber der DDR, der von gewissen Massenblättern gezüchteten Welle des Hasses und den bereits gegen die Veranstaltung in Westdeutschland vorgebrachten Einwänden von offizieller westdeutscher Regierungsseite reicht es nicht aus, wenn der Parteivorstand der SPD lediglich „Auskünfte“ einholen will und „nicht sicherstellen“ kann, daß unseren Rednern „keine Schwierigkeiten“ erwachsen. Offenbar sind in Westdeutschland noch nicht alle Vorfragen der Versammlungen ge-